

Antrag

der Fraktion der CDU

Masterplan für Berliner Pflegeeinrichtungen in der Corona-Krise

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, die nachfolgenden Maßnahmen zu ergreifen, um den Gefahren der Corona-Pandemie in Pflegeeinrichtungen zu begegnen und die dort besonders vulnerablen Bewohner zu schützen:

- Zügige, flächendeckende Testung aller Bewohner und Beschäftigten in Berliner Alten- und Pflegeheimen auf das neuartige Coronavirus. Die Testung kann in Anlehnung zum Stufenkonzept in saarländischen Pflegeeinrichtungen durchgeführt werden.
- Durchführung regelmäßiger Antikörpertests für alle in Pflegeeinrichtungen Beschäftigten.
- Kontaktlose Testung von sämtlichen Besuchern auf Fieber im Eingangsbereich.
- Verpflichtendes Tragen von Schutzausrüstung für die Beschäftigten und Besucher in Pflegeeinrichtungen.
- Gezieltes Training der Beschäftigten in Pflegeeinrichtungen, um Ansteckungen aktiv zu vermeiden.
- Schaffung von sicheren Begegnungsräumen in allen Pflegeeinrichtungen mit Plexiglas-scheiben durch finanzielle Zuschüsse des Landes.
- Ausstattung der Pflegeeinrichtungen mit Tablets für interaktive Besuche durch finanzielle Zuschüsse des Landes.
- Analog der Ausnahmeregelung von Besuchen von Seelsorgern soll eine ebensolche Möglichkeit für die Berufsgruppe der Therapeuten auch für Einrichtungen mit komplettem Besuchsverbot geschaffen werden.

- In Abstimmung mit der Kassenärztlichen Vereinigung soll auch Hausärzten uneingeschränkt der Zugang zu Pflegeeinrichtungen – unter Einhaltung der oben genannten Maßnahmen – gewährt werden.
- Bereitstellung von Atemschutzmasken (FFP2 oder FFP3) für Bewohner von Pflegeeinrichtungen, sodass diese die Räumlichkeiten der Pflegeeinrichtungen auch temporär verlassen können. Hilfestellung bei der korrekten Anlegung der Maske ist durch Fachpersonal sicherzustellen.

Begründung:

Aktuell muss die weitere Ausbreitung des Corona-Virus unbedingt soweit wie möglich verlangsamt bzw. eingedämmt werden, um insbesondere Risikogruppen zu schützen. Gerade Pflegeeinrichtungen sind einer erheblichen Gefahr ausgesetzt, da hier eine besonders vulnerable Personengruppe lebt. In Zeiten, in denen Lockerungen wieder angedacht und auch bereits umgesetzt werden, müssen wir uns gezielt auf den bestmöglichen Schutz dieser konzentrieren.

Situationen wie die in Pflegeheimen in Würzburg oder Wolfsburg, die bundesweit für Aufmerksamkeit sorgten, müssen in Berlin unbedingt verhindert werden. Aus Sicherheitsgründen dürfen Bewohner von Pflegeeinrichtungen aktuell einmal am Tag Besuch für eine Stunde erhalten, Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren sowie Menschen mit Atemwegsinfektionen sind von dieser Regelung jedoch ausgenommen. Nichtsdestotrotz hat die Kontaktsperre des Senats bislang eher zur Verunsicherung vieler Betreiber geführt, sodass viele mittlerweile bereits allgemeine Besuchsverbote erlassen haben. Darunter leiden Bewohner wie Angehörige gleichermaßen. Von einer einheitlichen Regelung sind wir weit entfernt, sodass hier flächendeckend Maßnahmen zu Besuchs- bzw. Kontaktmöglichkeiten ergriffen werden müssen. Da das Virus jedoch nicht nur durch Besucher, sondern auch durch die Beschäftigten in die Einrichtungen getragen werden kann, müssen auch hier entsprechende Vorsichtsmaßnahmen beschlossen und eingehalten werden. Um Bewohnern zudem die Möglichkeit zu geben, die Pflegeeinrichtung auch temporär verlassen zu können, sind diese bei Bedarf und mit entsprechender Hilfestellung mit einer FFP2- bzw. FFP3-Maske zu versorgen.

Wir wissen um die Bedeutung sozialer Kontakte der Bewohner von Pflegeeinrichtungen. Uns sollten allerdings auch die mit dem Coronavirus einhergehenden Risiken bewusst sein, die unbedingt auf ein absolutes Minimum zu begrenzen sind. Um das Infektionsrisiko möglichst gering zu halten, aber um dennoch die Möglichkeit der Kontaktpflege sicherzustellen, sind die oben genannten Maßnahmen schnellstmöglich umzusetzen, bis deutlich sinkende Infektionszahlen eine Lockerung dieser ermöglichen.

Berlin, 4. Mai 2020

Dregger Zeelen
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der CDU